

	TOP
	DATUM 01.02.2012
Marburger LINKE	EINGANG

X	ANTRAG AN DIE STADTVERORDNETENVERSAMMLUNG
	Am 24.02.2012

Betreff: Keine Privatisierung der Nassauischen Heimstätte

Die Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

Die Stadtverordnetenversammlung lehnt die Pläne der Hessischen Landesregierung, die Nassauische Heimstätte zu verkaufen, entschieden ab und unterstützt den Protest gegen dieses Vorhaben.

Der Magistrat wird aufgefordert, sich als Gesellschafter der GeWoBau und der Sparkasse Marburg-Biedenkopf, die wiederum Anteile an der Wohnstadt als Teil der Unternehmensgruppe Nassauische Heimstätte Wohnstadt halten, gegenüber der Landesregierung gegen die Privatisierung einzusetzen.

Begründung

Die Landesregierung plant, die Landesanteile an der Wohnungsbaugesellschaft Nassauische Heimstätte zu verkaufen.

Von einem Verkauf wäre auch Marburg und die umliegende Region betroffen. Die Wohnstadt als Teil der Unternehmensgruppe Nassauischen Heimstätte Wohnstadt unterhält rund 4000 Wohnungen im Marburger Raum. Gesellschafter der Wohnstadt sind u.a. die GeWoBau und die Sparkasse Marburg-Biedenkopf.

Mit einem Verkauf der Wohnungen sind schwerwiegende Folgen für die Mieter_innen zu befürchten. Die Versorgung der Bevölkerung mit Wohnraum, insbesondere finanziell benachteiligter Gruppen bleibt eine wichtige öffentliche Aufgabe, gerade in Städten mit angespannten Wohnungsmärkten wie der Universitätsstadt Marburg.

Halise Adsan
Tanja Bauder
Henning Köster
Jan Schalauske